

## Energiewende Zinkhütte braucht zum Überleben bezahlbaren Strom

Nach Prüfverfahren der EU droht weitere Belastung – Auch Betriebsrat besorgt

[Horst Lohe](#)



Vor einem Foto des Hüttenbetriebes (von links): Bodo Bär, Astrid Grotelüsch und Carl van Dyken

Bild: Horst Lohe

**Nordenham** Die [Nordenhamer Zinkhütte](http://www.nwzonline.de/organisation/Nordenhamer_Zinkhütte) ist nach den Worten von Geschäftsführer [Carl van Dyken](http://www.nwzonline.de/person/dyken.carl_van) zuversichtlich, auch in Zukunft zu den energieintensiven Unternehmen in Deutschland zu gehören, die eine Ermäßigung bekommen für die Umlage, die nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) gezahlt werden muss. Entscheidend werde für das Überleben der einzigen Zinkhütte in Deutschland aber sein, wie hoch die Ermäßigung ausfällt.

Bisher (seit 2003) muss der Hüttenbetrieb den Mindestbeitrag von 0,05 Cent EEG-Umlage pro Kilowattstunde Strom zahlen (statt 6,27 Cent). Das ergibt einen Jahresbetrag von etwa 300000 Euro. Mehr kann das Unternehmen auch künftig laut Carl van Dyken und Betriebsratsvorsitzender [Bodo Bär](http://www.nwzonline.de/person/bär.bodo) nicht aufbringen, wenn es wirtschaftlich arbeiten und Spielraum für Investitionen behalten will. In den vergangenen zehn Jahren seien 100 Millionen Euro in den Betrieb investiert worden.

Wie berichtet, hat die [EU-Kommission](http://www.nwzonline.de/organisation/EU-Kommission) ein Verfahren eröffnet, das die europarechtliche Zulässigkeit des bisherigen Ausgleichs überprüft. Sollte das Ergebnis lauten, dass die Zinkhütte nicht mehr über eine Härtefallregelung entlastet wird, müsste der Nordenhamer Betrieb jährlich 36,7 Millionen Euro mehr als bisher für Strom bezahlen. Damit würden die Stromkosten mehr als verdoppelt.

Die Zinkhütte (350 Mitarbeiter) benötigt pro Jahr so viel Strom wie die Stadt Oldenburg (600000 Megawattstunden). Die Stromkosten machen 35 bis 40 Prozent der Produktionskosten aus.

Selbst wenn das Prüfverfahren der EU nicht zu einer Verschlechterung führt, droht der Hütte laut Carl van Dyken eine Existenzbedrohung. Denn die EU plane, zum 1. Januar 2017 eine Umwelt- und Beihilferichtlinie zu erlassen. In der Folge müsste die Zinkhütte statt bisher 300000 Euro jährlich etwa 5 Millionen Euro Umlage zusätzlich zahlen. „Auch diese Summe können wir nicht erwirtschaften.“

Mitte Januar sicherte die SPD-Bundestagsabgeordnete [Susanne Mittag](http://www.nwzonline.de/person/mittag.susanne) bei einem Besuch Unterstützung zu. Ein Gespräch in Hannover in der vergangenen Woche mit Ministerpräsident [Stephan Weil](http://www.nwzonline.de/person/weil.stephan) (SPD) (SPD) (SPD), Wirtschaftsminister [Olaf Lies](http://www.nwzonline.de/person/lies.olaf) (SPD) und Umweltminister [Stefan Wenzel](http://www.nwzonline.de/person/wenzel.stefan) (Grüne) sei ermutigend gewesen, sagt Carl van Dyken.

Gefreut haben sich Geschäftsleitung und Betriebsrat auch über den Besuch der CDU-Bundestagsabgeordneten [Astrid Grotelüsch](http://www.nwzonline.de/person/groteluschen.astrid) am Mittwoch. Sie gehört dem Energie- und Wirtschaftsausschuss des Bundestages an und will sich ebenfalls für die Existenzsicherung der Zinkhütte einsetzen.

Leserkommentare (0)

